

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 44

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

... der Partei-Interpretation

Darnach ist es nun Aufgabe der Gesellschaftsorganisationen (Produktions-, Wohnkollektive usw.), die die Sozialnormen schaffen, sie den angeführten Grundsätzen anzupassen, denn in diesen Prinzipien kommt die (von der Partei entdeckte) objektive Gesetzmässigkeit zum Ausdruck. Das Beispiel einer bereits durch ein Kameradschaftsgericht aufgestellten Sozialnorm kann die Anwendung veranschaulichen: «Der Mensch, der sich in seinem Privatleben von den Ueberresten der Vergangenheit nicht befreien kann, kommt für eine erzieherische oder leitende Tätigkeit unter den Arbeitern nicht in Frage.» (Zitiert nach «Agitator», Nr. 6, 1961.) Es ist nun leicht ersichtlich, dass sich durch solche elastische Sozialnormen eine beliebige Verwaltungswillkür viel leichter aufrecht erhalten lässt, als durch Rechtsnormen, bei welchen immerhin gewisse Tatbestandselemente vorhanden sein müssen. Die Einführung der Sozialnormen bedeutet tatsächlich die Aufhebung jeder Verbindlichkeit der herrschenden Parteiklasse nach unten, ohne dass dagegen eine formelle Protestgrundlage möglich wäre.

Dass die Partei die Entwicklung auch im Detail bewachen wird (entgegen der ursprünglichen leninistischen These, wonach eine klassenlose Gesellschaft auch keiner Partei mehr bedürfe), darüber herrscht heute kein Zweifel mehr. Der Kongress sprach im Gegenteil von der noch wachsenden Bedeutung der gesellschaftlichen KP-Vorhut im Vollkommunismus. Die neueste Nummer der Zeitschrift des Rechtsinstitutes der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, «Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo», betont in einem Redaktionsartikel über «Die führende Rolle der KPdSU in der Entwicklung der Sowjetdemokratie» die «wichtige Gesetzmässigkeit, wonach die Rolle der Partei in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erweitert werden muss».

Im Vollkommunismus wird die Ueberführung der indirekten (durch Staat und Gesetze) Parteiherrschaft in die direkte Parteiherrschaft abgeschlossen werden.

Planung

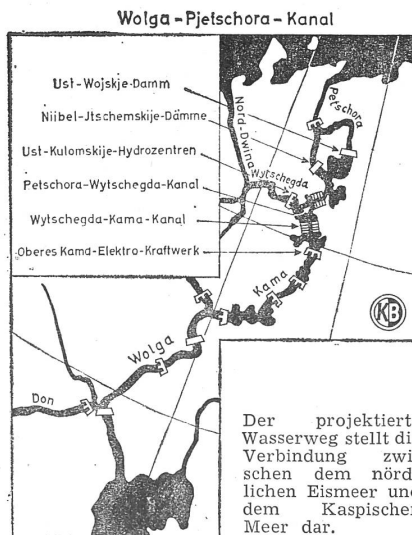
UdSSR

Der Knochenkanal

Das radioaktive Eismeerwasser um die Insel Nowaja Semlija wird später das Kaspische Meer bereichern können.

Das gigantische Projekt einer Wasserverbindung zwischen Nord und Süd, die sich westlich des Urals quer durch die ganze RSFSR hinziehen wird, war zu Beginn dieses Jahres von Chruschtschew selbst dem Januarplenium unterbreitet worden und ist jetzt in ein fortgeschrittenes Planungsstadium getreten.

Zur Verwirklichung des Bauvorhabens werden namentlich im nördlichen Tundra-gebiet wiederum Tausende von Deportierten unter härtesten Bedingungen arbeiten müssen. «Gebettet in Gebeine» nennt man das jetzt schon geschaffene Kanalnetz jener subarktischen Landstriche, zu deren wirtschaftlicher Erschliessung (Krafwerke, Bodenschätze, Verkehrswege) das Regime weder (anzuerkennende) Anstrengungen noch die Leben seiner Bürger gescheut hat.



Der Wolga-Pjetchora-Kanal gehört zu den grössten Projekten des neuen Zwanzigjahresplanes, der mit dem KPdSU-Programm vom 22. Parteikongress angenommen wurde. Im Unterschied zu den Versprechungen bezüglich Lebensniveau und Arbeitszeit, dürfte dieses Vorhaben voll realisiert werden, ein eindrückliches Zeugnis von der gelenkten Wirtschaftsmacht der UdSSR.

Die mit dem Kanalbau verfolgten Zwecke (und die damit zusammenhängenden sekundären Projekte) sind Legion. Von primärer Wichtigkeit sind folgende Punkte:

— Der durch Verdunstung absinkende Wasserspiegel des Kaspischen Meeres wird gehoben.

— Zwischen Archangelsk (nördlichster eisfreier Hafen der Welt; an der Nordwina-Mündung) und Astrachan Wolga-Mündung wird eine direkte Schiffsverbindung erstellt.

— Im Gebiet der jetzigen Wasserscheide (geplanter Wytschegda-Kama-Kanal auf unserer Karte) werden gewaltige Staueisen und Kraftwerke entstehen und das zum Teil schon ausgenutzte Energiepotential der Wolga und Kama um jährlich mehrere (bis zehn oder elf?) Milliarden kWh erhöhen.

— Bewässerung von Steppengebieten (Wolga) und Schaffung von Holztransportmöglichkeiten (nördliche RSFSR).

Im Detail entnehmen wir einer Publikation der «Sowjetskaja Bjelorussia» vom Sommer dieses Jahres (auch Quelle für unsere Karte) noch folgende Angaben, die vor allem die ungeheuren Ausmasse des geplanten Werkes verdeutlichen:

Der Fluss Pjetchora befindet sich im Nord-Osten des europäischen Teiles der UdSSR, hat eine Länge von 1790 km, das Flussgebiet beträgt 327 000 Quadratkilometer, die jährliche Wassermenge beträgt 120 Kubikkilometer. Das Quellgebiet befindet sich in den nördlichen Bergen des Urals in der Höhe von 677 Meter und mündet im Pjetchora-Delta in die Barenz-See (Teil des nördlichen Eismeres). Der Fluss Wytschegda befindet sich in der Autonomen Republik Komi. Sein Quellgebiet ist im Südtel der Timan-Kette. Die Wytschegda ist ein Zufluss der Nord-Dwina. Die Wytschegda ist 1130 Kilometer lang.

Die wasserreiche Pjetchora bringt ihre Wasser ohne jeglichen Nutzen ins Nördliche Eismeer. Hier plant man einen Staudamm von 80 Meter, was einem 30stöckigen Haus gleichkommt, zu errichten und die Nebenflüsse Schtschugor, Podtscherem, Ilytsch und Korel werden diesen Stauee füllen. Zur Errichtung dieses Staudammes werden mehr als 110 Millionen Kubikmeter Erde verwendet. Es ist geplant die Wytschegda mit einem Staudamm von 34 Meter zu dämmen. An der Kama plant man eine riesige Hydrozentrale, bestehend aus dem Oberen-Kama-Wasser-Kraftwerk, Schiffschleusen und einem Staudamm aus Erdmasse, zu errichten.

Somit werden an der Pjetchora, der Wytschegda und Kama drei grosse Staubecken entstehen (in einer Bezeichnung Pjetchora-Wytschegda-Kama-Wasserreservoir zusammengefasst). Das wird das grösste künstliche Wasserstaubecken in der Welt. Der gesamte Wasservorrat wird 236 Kubikkilometer betragen. (Zum Vergleich: das Staubecken wird zweimal so gross sein wie der Stauee des Wasserkraftwerkes «W. I. Lenin» an der Wolga — siehe KB, Nr. 43). Um dieses Staubecken zu füllen, wird man mehr als 5 Jahre benötigen. Die Staubecken werden durch Kanäle zu einem Ganzen verbunden.

Das Pjetchora-Wytschegda-Kama-Staubecken wird in der waldreichsten Gegend der UdSSR sein. Nach Schätzungen beträgt der Waldbestand dort an die 800 Millionen Kubikmeter und setzt sich aus den wertvollen Tannen- und Fichten-Arten zusammen. Diese Waldbestände wurden in letzter Zeit ganz ungenügend abgebaut, infolge Mangels an Transportmitteln. Ausserdem hat es im Kama-Flussgebiet wertvolle Steinkohlenlager. Der Kohlenreichtum von Workuta (schreckliche Konzentrationslager im hohen Norden) und der Waldreichtum der Pjetchora werden somit auf dem billigen Wasserweg in das Flussgebiet der Kama transportiert werden können, deren Wirtschaftsgebiete dadurch einen Aufstieg erlangen werden. Denn jetzt muss die kalorienreiche Steinkohle von Workuta einen riesigen Weg auf der Eisenbahn zurücklegen. Nach dem Kanalbau, wird der Transportweg von Norden nach Süden etwas mehr als 1000 Kilometer betragen und den Transport für Kohle und Holz verbilligen und beschleunigen.

Die Staueisen werden auch den Fischreichtum fördern, man rechnet mit einem Fischreichtum von 80 000 q im Jahr.

In den letzten 10 Jahren ist der Spiegel des Kaspischen Meeres um 230 Zentimeter gesunken. Diese Verdunstung bringt dem Sowjetstaat jährlich einen Verlust von 5 Millionen Rubel. Das Wolga-Wasser reicht nicht um die östlichen Wolga-Gebiete und das Achtjubinsk-Gebiet zu bewässern. Die Senkung des Wasserspiegels des Kaspischen Meeres erfolgt periodisch einmal in einigen hundert Jahren. Gerade ist wieder dieses Verdunstungsstadium. Immer schwieriger wird die Instandhaltung der Schiffshäfen am Kaspischen Meer, die Versandung wird immer grösser. Die Wasser des Nördlichen Eismeres werden nicht nur den Transport verbilligen, die Schifffahrt auf den Flüssen ermöglichen, sondern auch den Wasserspiegel des Kaspischen Meeres heben und das Schifffahrtsproblem lösen.

Es sollen an die 2 Millionen Hektaren Land im Gebiet von Kuibyschew, Saratow und Stalingrad bewässert werden.

Für den Bau von Staudämmen und Kanälen wird man an die 700 Millionen Kubikmeter Erde abtransportieren, ungefähr 1 Million Tonnen Beton legen und mehr als 50 000 Tonnen Metallgerüste aufbauen müssen...

Erziehung

Ungarn Lieber Hase als Marx

Der ungarische Parteichef Janos Kadar enthüllte kürzlich die Einzelheiten einer Kontroverse, die im vergangenen Jahr die Reihen der Ungarischen Sozialistischen (kommunistischen) Arbeiterpartei erschüttert hatte.

Zur Debatte standen die Pioniere, die kommunistische Jugendorganisation für Kinder im Alter von sechs bis vierzehn Jahren.

Einige Leute, die sich dem Klassenkampf verschrieben haben, so erklärte der Parteichef kürzlich vor der ungarischen Nationalversammlung, hätten darauf bestanden, die Pionereinheiten nach Marx, Lenin und anderen hervorragenden Männern der Bewegung zu benennen.

Die Kinder selbst hätten aber Namen wie «Hase», «Eichhörnchen» und Blumennamen vorgezogen.

Kadar erklärte vor den Parlamentariern: «Wir stellten uns in diesem Konflikt auf die Seite der Kinder, selbst auf die Gefahr hin, dass man uns wieder einmal des Liberalismus und Revisionismus bezichtigt.»

Aus den weiteren Ausführungen des ungarischen Parteichefs geht aber hervor, dass der Vorrang, den die Hasen vor Marx errangen, nicht ewig währt.

«Je weiter wir in die Zukunft blicken, um so wichtiger ist es, dass jeder junge Mensch, der seine Universitätsausbildung abgeschlossen hat, ein Experte des Kommunismus ist», erklärte er. «Dies ist eine wichtige Forderung unserer Gesellschaft und liegt auch im persönlichen Interesse der jungen Leute.»

Aserbeidschanische Sozialistische Sowjetrepublik

Sie stellt eine föderative Sowjetrepublik dar. In ihrem Rahmen bestehen: die Nachitschewanische Sozialistische Sowjetrepublik und das Nagorno-Karabachische autonome Gebiet. Das Verhältnis zwischen Unionsrepublik und den übrigen autonomen Formationen ist wie bei der RSFSR oder bei Georgien.

Geschichte: Aserbeidschan ist eine Kriegseroberung von Russland (genau so wie die übrigen zwei transkaukasischen Republiken. Ein Teil der Aserbeidschan-Türken (Tataren) leben aber weiterhin in Persisch-Aserbeidschan. Nach Ausbruch der Februar-Revolution 1917 wurde die bis dahin illegale Nationalpartei Mussawat zur Führerin des Turko-Tartarentums Aserbeidschans. Trotz allen Anstrengungen des Moskauer Parteizentrums wurde die Sowjetisierung abgelehnt und am 25. Mai 1918 wurde die Unabhängigkeit feierlich erklärt. Nach einem von Moskau inszenierten Aufstand in Baku (28. April 1920 — diese Tatsache wird als Verdienst der KP Russlands betont, vergleiche «Grosse Sowjetenzyklopädie», Bd. I, S. 449, der Organisator war demnach S. M. Kirow), wurde ein kommunistisches Revolutionskomitee errichtet, welche sich mit der Bitte um Hilfe an Moskau wandte. Noch am gleichen Tag (28. April 1920) wurde die Aserbeidschanische Sowjetrepublik ausgerufen. Inzwischen marschierten die an den Grenzen bereitgestellten Sowjeteinheiten ein.

Am 30. Oktober 1920: Finanz-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Militärabkommen mit der RSFSR; 12. März 1922: föderativer Bund zwischen den «unabhängigen Sowjetrepubliken» von Aserbeidschan, Georgien und Armenien, welcher am 13. Dezember 1920 in die Transkaukasische Sozialistische Föderative Republik umgewandelt wurde. Am 5. Dezember 1936 wurde diese aufgelöst und Aserbeidschan Unionsrepublik.

Verfassung: 14. März 1937.

Fläche: 86 000 Quadratkilometer. Zirka

40 Prozent Tiefebene, davon liegt ein Fünftel dem Meer. Ein Achtel der Fläche ist mit hohen Bergen bedeckt (höchster Gipfel: Bazar-Djuzi mit 4485 Meter).

Einwohner: 3 698 000. Davon 48 Prozent Stadt- und 52 Prozent Landbevölkerung (15. Januar 1959). Die Nachitschewanische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik hat 142 000 Einwohner, davon 27 Prozent städtische und 73 Prozent Landbevölkerung. Das Nagorno-Karabachische Autonome Gebiet hat 131 000 Einwohner, davon 21 Prozent städtische 79 Prozent Landbevölkerung.

Bevölkerung: Aserbeidschaner: 2 481 000 (67,1 Prozent); Russen: 515 000 (13,9 Prozent); Armenier: 442 000 (12 Prozent); Lesginer: 98 000 (2,7 Prozent).

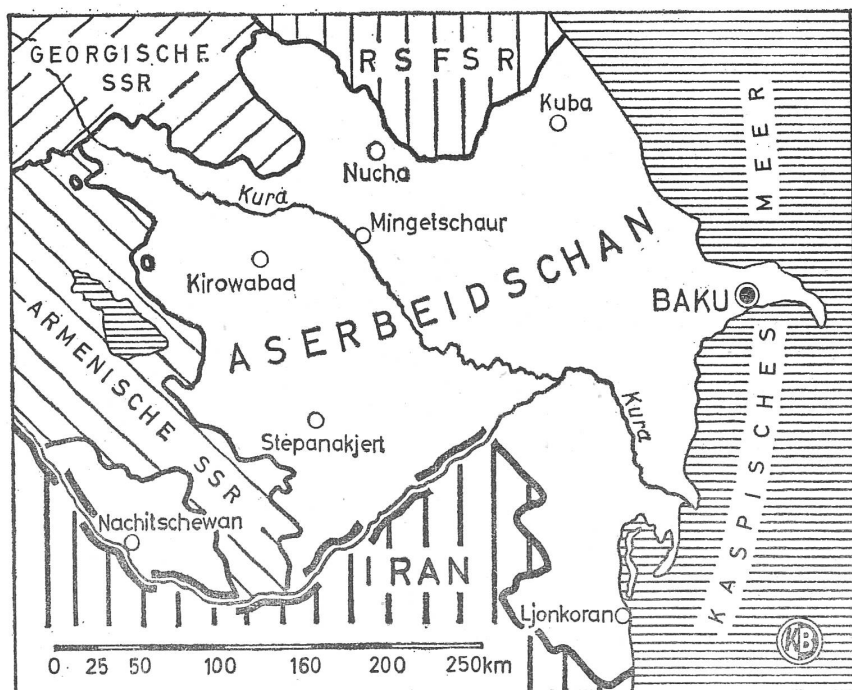
Hauptstadt: Baku mit 968 000 Einwohner. — Die Hauptstadt der Autonomen Sowjetrepublik Nachitschewan ist Nachitschewan; jene von Nagornij Karabach: Stepanakert.

Persisch-Aserbeidschan hat 6 Millionen Einwohner. Hauptstadt: Tebriz (300 000 Einwohner).

Wirtschaft: Ihre grosse Bedeutung für das sowjetische Wirtschaftspotential erhält die Republik durch ihre Erdölförderung (rund 17 Millionen Tonnen im Jahr), die gegenwärtig noch beträchtlich erweitert wird. Bedeutend ist auch die Erdgasproduktion (sechs Millionen Kubikmeter jährlich und starke Steigerung). Industrie (abgesehen von Raffinerien usw.) noch unbedeutend, doch scheint die Wachstumsrate eher grösser als in der übrigen Sowjetunion.

Landwirtschaft: Ungenügend im Agrarsektor wurde beim letzten Parteitag in Baku diesen Herbst scharf kritisiert. Unter anderem wurden umfangreiche Fälschungen von Statistiken über die Ernteablieferungen angeprangert. Die Missstände in der Landwirtschaft — Parteisekretär Achundow (siehe Curriculum) sprach von «Verletzung der staatlichen Ordnung» führte in der Folge zur Entlassung von mehreren Partei- und Regierungsfunktionären.

Wissenschaft und Kultur: Die Bevölkerung gilt als besonders bildungsfreudig (wenn auch gerade dieses Jahr grössere Missstände im Schulsektor infolge Nichterfüllung der Baupläne bekannt wurden). Die alte Kultur wird von Moskau zum Teil (besonders Tanz und Theater) geduldet oder gefördert, zum andern Teil aber (besonders Literatur) dem «sozialistischen Realismus» angeglichen.



Kleines Curriculum

V. J. ACHUNDOW

Erster Sekretär des Zentralkomitees der KP Aserbeidschans, der diesen Herbst «ernsthafte Missstände» in den Kolchozen und Sowchosen der SSR enthüllte. Aufstieg als Parteifunktionäre im Rahmen der Republik. Wurde 1954 Kandidat und 1956 Mitglied des ZKs der aserbeidschanischen KP. Seinen jetzigen Posten bekleidet er seit 1958.

Den Namen Achundow tragen in Aserbeidschan mehrere höhere Partei- und Regierungsfunktionäre, ferner auch einige in der ganzen Sowjetunion anerkannte Künstler.

Politik

SBZ

Gewerkschafts-Säuberung

Im sowjetzonalen «Freien Deutschen Gewerkschaftsbund» (FDGB) ist gegenwärtig eine grosse Säuberungsaktion gegen politisch unzuverlässige Elemente im Gange.

Die Aktion, der bisher schon eine ganze Reihe führender Gewerkschaftsfunktionäre zum Opfer gefallen sind, ist das Ergebnis der scharfen Kritik, die das Politbüromitglied Bruno Leuschner (siehe Curriculum) im Auftrag des Politbüros auf der letzten Bundesvorstandssitzung des FDGB an der Tätigkeit des FDGB geübt hat. Leuschner hatte dabei gesagt, es habe «zahlreiche Leitungen und eine Reihe von Funktionären gegeben, die nicht zur Sache gestanden haben, d. h. die die politische Tragweite der Massnahmen des 13. August nicht verstanden haben». Der Beweis dafür sei im Verhalten von Funktionären am 13. August und danach von Betrieben bis in das Präsidium und Sekretariat des FDGB und der Gewerkschaft zu sehen.

Eine politische Propagandaaktion grossen Stils gegen den Versand von Päckchen und Paketen aus Westdeutschland und Westberlin in die Sowjetzone will die SED, wie aus mehreren Diskussionsbeiträgen auf der letzten Zentralvorstandssitzung der Industriegewerkschaft Energie-Post-Transport im Sowjetzonen-Gewerkschaftsbund FDGB zu entnehmen ist, zusammen mit dieser Gewerkschaft anlaufen lassen. Der «Klassengegner», so behaupteten der stellvertretende Vorsitzende dieser Gewerkschaft, Willi Schmidt (SED) und der Vorsitzende des Bezirksvorstandes Berlin der Gewerkschaft Energie-Post-Transport, Max Schäfer (SED), auf der letzten Zentralvorstandssitzung in Rostock, suche nach dem 13. August nach «neuen Mitteln, um die Einrichtungen der Deutschen Post zu stören».

Literatur

Jugoslawien

Keinen Fall Pasternak

will die jugoslawische KP mit dem neuen Nobelpreisträger für Literatur, Ivo Andric, haben. Tito, die Partei-Elite und die Parteipresse beeilten sich, ihrer Freude über das neue «Ansehen der literarischen Werke des sozialistischen Jugoslawiens» Ausdruck zu geben, obwohl der gefeierte Schriftsteller nicht nur den «sozialistischen Realismus» als Stil immer vermied, sondern auch nur die minimalsten Konzessionen an die politischen Verhältnisse machte. Andric, der wohl nach langem Zögern dem kommunistisch geleiteten «Sozialistischen Bund der Werktätigen» beigetreten war, aber niemals dem «Bund der Kommunisten Jugoslawiens» angehörte, wurde vom Staatschef nichtsdestoweniger in einem auch sonst herzlich gehaltenen Telegramm als «lieber Genosse» angedeutet (was freilich nicht ohne Präzedenzfall ist, der Titel fand schon früher auch etwa bei prominenten Angehörigen des Werktätigenbundes Verwendung).

Ganz offensichtlich geht die Jugoslawische KP darauf aus, den weitgehend unverbindlich gebliebenen Andric zum Repräsentanten ihrer Ideologie zu machen, und

möglichst viel von seiner Ehrung auf ihre Mühlen zu leiten. Das Vorgehen ist nicht nur geschickter, als es das sowjetische im Falle Pasternaks gewesen war, sondern auch — was zuzugeben ist — relativ ehrlich gemeint. Der jugoslawische Nationalstolz wurde durch die Verleihung des Literatur-Nobelpreises, ein erstmaliges Ereignis im Lande, unmittelbar angesprochen und äusserte sich spontan. Auch die Parteiorgane hielten mit erfreuten Schlagzeilen gleich nach Bekanntwerden der Nachricht nicht zurück. Viele der in den nächsten Tagen folgenden Würdigungen machten einen lebendigen und persönlichen Eindruck. Ja, man konnte den Eindruck erhalten, dass man im Falle Andric die Gelegenheit dankbar ausnützte, dass kein parteiideologisches Werk zu behandeln war. Die KP-Blätter suchten wenigstens den (übrigens berechtigten) Hinweis voll auszuschlachten, dass «Andric einen Ueberblick über die sozialen und geschichtlichen Ereignisse Bosniens gegeben hat, welches durch Jahrhunderte hindurch besetzt war» (Aus dem Telegramm Djuro Pucars, Präsident des bosnischen Landtages).

Mit heftiger Empörung reagierte allerdings die «Borba» auf einen Kommentar der «Frankfurter Rundschau» in welchem die offene oder verhüllte Kritik Andrics an das herrschende System vermerkt worden war. Das offiziöse Belgrader Organ nannte das «schmutzige Anspielungen, um die Anerkennung zu schmälern, die ein Schriftsteller von internationalem Format erhalten hat». Wobei die Tatsache natürlich nicht zur Kenntnis genommen wurde, dass die deutsche Formulierung keine Abkennung, sondern eine Anerkennung Andrics enthalten hatte.

Laut «Oslobodjenje-Sarajevo» war das Werk «Sozialismus und Krieg» von Kardelj dieses Jahr das meist gelesene Buch politischen Inhalts in Jugoslawien. Der grosse Theoretiker des jugoslawischen nationalen Kommunismus, gibt als einer der möglichen Nachfolger Titos Anlass zu vielen Spekulationen.

Die seit Frühsommer laufende jugoslawische Werbekampagnen um Emigranten hat laut «Politika» (Belgrad) Erfolge zu verzeichnen. Auf das seinerzeitige Angebot des Vizepräsidenten Rankovic auf Wiederverleihung der Staatszugehörigkeit hätten sich in den letzten vier Monaten 2000 Emigranten bei den verschiedenen diplomatischen Vertretungen um einen jugoslawischen Pass beworben.

Neue Geschichte

SBZ

Der grosse Invasionsplan

Die Deutsche Bundesrepublik plante diesen Herbst einen Ueberfall auf die SBZ und konnte nur durch Ulbrichts rechtzeitig gezogenen Stacheldraht daran gehindert werden, ihr Vorhaben auszuführen.

Das ist die geschichtliche Erklärung der Sperrmassnahmen vom 13. August, wie sie den ostdeutschen Lesern jetzt vorgeführt wird. Es handelt sich offensichtlich um die Version der Zukunft, da die Abwerbungstheorie, die man zur Zeit der Massenflucht wohl oder übel hatte aufstellen müssen, propagandistisch ganz ungenügend

war. Zudem dient die neue Darstellung der gegenwärtigen Rüstungs- und Hasskampagne der SBZ besser.

Die neue «Wahrheit» (Ausdruck der Skepsis wird mit Zuchthaus bestraft) findet sich im Osterliner «Bauern-Echo» in einem Artikel, der zum Kriegsfanatismus aufruft. Die hitlerische Dialogform sei hier wiedergegeben:

Kollege Helmut Kurz, Kreis Salzwedel, fragt: «Ich verstehe nicht, wie man auf der einen Seite Frieden und Abrüstung fordert und zugleich unsere Jugend zum Dienst der NVA aufruft, mit dem Verteidigungsgesetz die Grundlage für militärische Massnahmen schafft und in der Sowjetunion die Kernwaffenversuche wieder aufgenommen hat.»

Antwort: «Eine Gegenfrage, Kollege Kurz: Willst Du, dass alle, die für den Frieden sind, die Waffen aus der Hand legen, während die geschichtsnotorischen Kriegsbrandstifter die Waffen behalten und weiter aufrüsten? ...»

... Eine solche Haltung käme auf das hinaus, was wir Pazifismus nennen. Das ist eine bürgerliche Bewegung ...

... Die Pazifisten sind für den ‚Frieden um jeden Preis‘ ...

... Ist es nicht besser, jetzt zum Gewehr zu greifen und die sozialistische Heimat zu schützen und den Frieden zu gewinnen, bevor der Krieg begonnen hat?

... Glaubst Du, wir hätten den für den Herbst geplanten Ueberfall auf die DDR dadurch verhindert, dass wir Blumenbeete und Rosenhecken um Westberlin anstatt Mauern und Stacheldraht gezogen hätten? ...»

Es sei daran erinnert, dass im ganzen Osten der Koreakrieg als «amerikanischer Ueberfall» figuriert.

BRIEFE

Ostkontakte und KB

Ich teile Ihnen höflich mit, dass ich den «Klaren Blick» nicht mehr abonnieren möchte. Während eines Jahres habe ich ihn nun mit Interesse gelesen, aber ich vermisse darin eine klare Haltung dem Osten gegenüber, vor allem was den gelenkten Osthandel, den es überhaupt nicht gibt, und die vielgepriesenen Ostkontakte betrifft ...

Es wäre mutiger, den Osthandel anzuprangern, statt ihm noch einen politischen Nutzen zuschreiben ...

Dass die Studenten, die am sportlichen Hochschultreffen in Sofia teilnahmen, sich nicht dazu bewegen liessen, den vorgeschlagenen dreitägigen Kurs in Magglingen als geistige Vorbereitung zu besuchen, zeigt, dass wir nicht instande sind, die richtigen Leute als Kulturvermittler in den Osten zu schicken. In diesem Falle sollten wir es bleiben lassen ...

Dass der «Klare Blick» Ungeheuerlichkeiten aus allen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang aufzuspüren weiss, genügt nicht, die politische Gesinnung eine Menschen zu klären. Dass z. B. in Ungarn ein gebrauchter Wagen zum mehrfachen Preise eines neuen verkauft wird, das herauszufinden ist wohl eine journalistische Tat, aber keine geistige Landesverteidigung. Zu diesem Thema leisten unsere bernischen Tageszeitungen mehr und in überzeugender Weise.

Die Fr. 20.— (Das KB-Abonnement wurde nicht erneuert) will ich damit nicht einsparen. Ich werde sie zusätzlich der Tibethilfe spenden. Sie sollen einem Aermsten zugute kommen, der von einer Macht aus Haus und Heimat vertrieben wurde, mit der Kultur auszutauschen ich nicht für notwendig erachte.

A. S. in Horgen

Für die 20 Franken haben Sie eine gute Verwendung gefunden. Unterschieben Sie nur dem SOI und dem KB bitte nicht eine Rivalenstellung zu solchen Organisationen und Aktionen, die wir unterstützen.

Zu Ihren Anschuldigungen: Dass es den gelenkten Osthandel nicht gibt, ist gerade der Grund, weshalb wir ihn fordern (gibt es etwa den von Ihnen befürworteten verbotenen Osthandel?). Wir schreiben dem Osthandel keinen politischen Nutzen zu, wir verlangen ihn (dass er auf verschiedenen Gebieten — Export von Produktionsmitteln — Drosselung oder Sperre bedeuten würde, wurde im KB mehrfach erörtert). Unsere Einstellung befürworten wir, weil wir sie für richtig halten, aber wie es sich trifft, ist sie auch mutig. Wir standen vorerst mit ihr recht isoliert da, wogegen es «für» und «wider» ausgebildete Chöre gab. Dass unsere Linie inzwischen auf grösseres Verständnis gestossen ist und die (von uns selbst erbetene) Diskussionsplattform gefunden hat, ist ein Erfolg, der sich nur allmählich einstellte.

Der Magglinger Kurs war für Studenten bestimmt, die sich für Sofia eingeschrieben hatten. Ihnen die Reise zu verbieten, lag nicht in der Kompetenz der Veranstalter, wohl aber, ihnen Aufklärungsmaterial zur Verfügung zu stellen und sich ihnen zur Vorbereitung des Aufenthalts zur Verfügung zu stellen. Unsere Schlussfolgerungen zum generellen Misslingen der Aktion erschienen im Memo von Nr. 32.

Der KB bringt in erster Linie (gewertete) Information aus dem und über den Osten und dient in diesen Belangen der geistigen Landesverteidigung mittelbar, oder versucht es wenigstens, so wie das SOI sich anstrengt, den Trägern der öffentlichen Meinung bei ihrer geistigen Verteidigungsaufgabe zu helfen, die wir ihnen nicht etwa abnehmen wollen. Red. KB

Wirtschaft

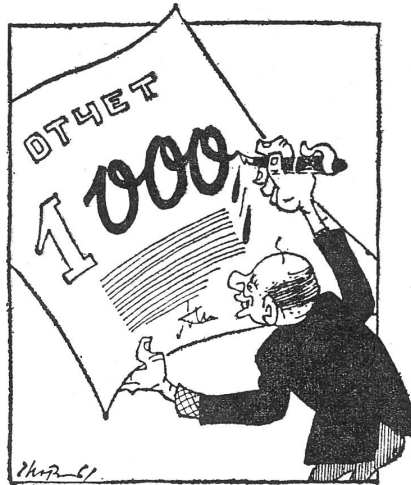
Deutsche Bundesrepublik Für koordinierten Osthandel

In einem Vortrag vor jungen Akademikern in Köln verlangte der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, die Koordinierung des gesamten westlichen Osthandels. Dies sei vor allem bezüglich der Zahlungsbedingungen, der Arbitrage und der Verschiffungsfrage von grösster Bedeutung, da die westlichen Handelspartner einem einheitlich geleiteten Staat gegenüberstünden, der infolge ihrer Spaltung sie immer wieder gegeneinander ausspielen kann. Die Tatsache, dass über Italien das sowjetische Oel freien Zufluss nach Westeuropa finden wird, unterstreiche nur die Notwendigkeit, den Handel gegenüber dem Ostblockraum zu koordinieren.

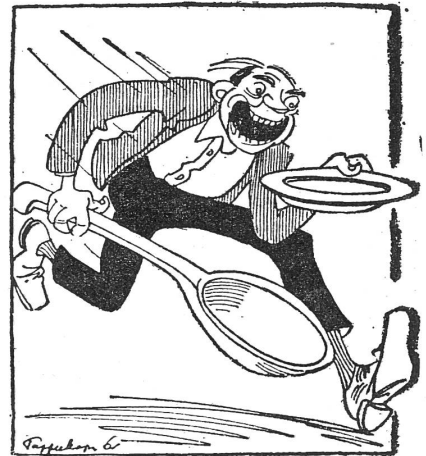
Illustrierte Gebrauchsterminologie

Feinde der Gesellschaft

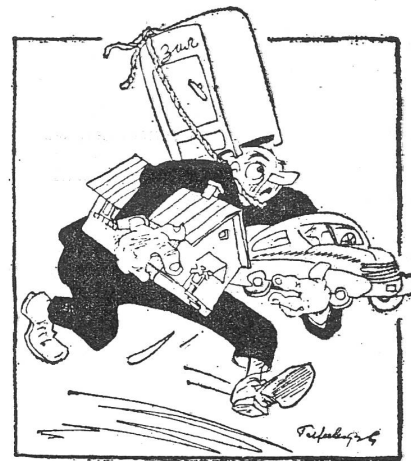
stellt die lettische «Sowjetskaja Latwja» in einem leichtverständlichen Bilderbogen ihren Lesern vor. Wir vermitteln ihn weiter.



Otschowtiratjel (Planschwindler)



Tunjejadzej (Parasit)



Chapuga (Hamsterer)



Stiljaga (Halbstarke)

Curriculum der Woche

BRUNO LEUSCHNER

Mitglied des SBZ-Politbüros, gegenwärtig mit der Säuberung der Gewerkschaften beauftragt.

Geboren am 12. August 1910 als Sohn eines Arbeiters. Nach der Volksschule kaufmännischer Angestellter. 1931 Mitglied der KPD, 1936 vom Nazi-Regime verhaftet und bis Kriegsende im Gefängnis und KZ. Wird 1947 Leiter der Abteilung Wirtschaft im Parteivorstand der SED und im folgenden Jahr Leiter der Abteilung Planung der DWK (Deutsche Wirtschaftskommission). Im Oktober 1949 zum Staatssekretär im Ministerium für Planung ernannt, im November 1950 Stellvertretender Vorsitzender und am 23. April 1952 Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission.

Seit Juli 1950 Mitglied des Zentralkomitees der SED, im Juli 1953 Kandidat, ab Juli 1958 Mitglied des Politbüros. Seit Juli 1949 Abgeordneter der Volkskammer, seit September letzten Jahres Mitglied des Staatsrates.

«Mildes Atomklima»

Die sowjetischen Multi-Megatonnen-Bomben sind gesundheitsfördernd. Diesen Bescheid erhielt ein junger italienischer Kommunist anlässlich eines «freien Meinungsaustausches» unter KP-Mitgliedern in Rom. Die sowjetischen Tests, so erklärte ein Professor aus Prag, hätten nördlich des Polarkreises eine allgemeine Temperaturerhöhung bewirkt und dadurch zu einer Verbesserung der klimatischen Verhältnisse beigetragen.

Das Technikum für Energetik in Sofia erhielt den Namen «Wilhelm Pieck». Die Umbenennung erfolgte im Rahmen der verschärften Kampagne gegen den «deutschen Militarismus».

Unser Memo

Vor einigen Tagen ist in Moskau ein Abkommen über die sowjetisch-afghanische wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Die Leistungen der Sowjetunion umfassen gemäss diesem Abkommen: den Bau von Betrieben der Erdöl-, der Lebensmittel- und der chemischen Industrie, und Entwicklung des Strassenbaus und der Landwirtschaft, wobei die Sowjetunion die entsprechenden Projektierungsarbeiten übernimmt, die Betriebsausrüstung der Industriebetriebe liefern und ihre Fachleute nach Afghanistan abkommandieren wird.

Das Abkommen sieht auch die sowjetische Hilfe bei der Organisation von Hoch- und Mittelschulen in Afghanistan zwecks Ausbildung der afghanischen nationalen technischen Kader. Zu diesem Zweck werden afghanische Studenten an den sowjetischen Hochschulen studieren und in den sowjetischen Industriebetrieben ihre Betriebspraxis absolvieren.

Dieses Abkommen unterscheidet sich zwar kaum von vielen ähnlichen Abkommen mit zahlreichen asiatischen und afrikanischen Staaten, die in den letzten Jahren abgeschlossen wurden, es ist aber im Falle Afghanistans von besonderer Bedeutung, weil die Sowjetregierung schon seit längerer Zeit für Afghanistan ein besonderes politisches Interesse zeigt. Dieses Interesse wird durch zahlreiche Presseartikel sowie durch den Austausch von Staatsbesuchen bekundet, wobei die wichtige strategische Lage Afghanistans, die häufig erwähnt wird, eine nicht unbedeutende Rolle spielt.

Das politische bzw. militärische Interesse für Afghanistan wird nun auch durch die gegenwärtige Reise von Marschall Sokolowskij bestätigt, die am 22. Oktober in der Sowjetpresse auffallend «unauffällig» mitgeteilt wurde.

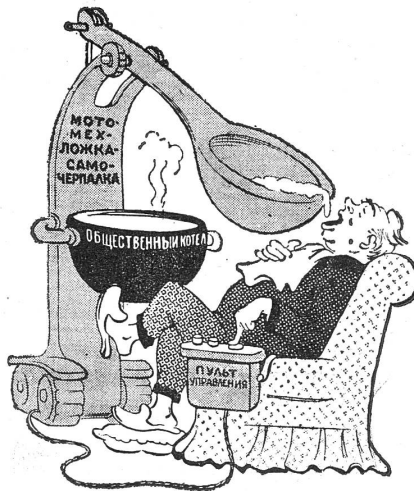
Bis 1960 war Marschall V. Sokolowskij Stellvertreter des Verteidigungsministers der UdSSR und Generalstabschef. Nachdem er auf diesem Posten durch Marschall Zacharow abgelöst wurde, steht er der Regierung für besondere Aufträge zur Verfügung. Es dürfte sich bei dieser Reise nach Afghanistan um Konsultationen im Zusammenhang mit den gespannten Beziehungen dieses Landes zu Pakistan handeln. Jedenfalls ist sicher, dass Marschall Sokolowskij, der keine politische Rolle in der Sowjetunion spielt und keine öffentlichen Aemter bekleidet, nicht im Rahmen der Pflege der «kulturellen Beziehungen» reist, sondern als Fachmann zwecks Beratung oder Besprechungen entsandt wurde.

Träumen verboten!

Waren die sowjetischen Zeitungen voll von Illustrationen zum neuen KP-Programm und zum 22. Parteikongress (Motive: aufgehende Sonne, verklärte Arbeitergesichter, entschlossene «Friedenskämpfer»), so waren dafür Karikaturen zu diesem Thema ausgesprochene Mangelartikel, wenigstens was den innenpolitischen Teil mit seinen Zukunftsverheissungen betrifft. Aber unsere Wiedergabe aus der Gewerkschaftszeitung «Trud» hat mehr als nur Selten-

heitswert. Sie warnt den Leser nämlich davor, das versprochene Paradies im Sinne von persönlicher Bequemlichkeit ernst zu nehmen. Mit einem bissigen Zweizeiler wird der Werktätige, der sich vom Programm eine persönlich angenehmere Zukunft erhofft, eines Besseren belehrt. So wird uns aus sowjetischer Quelle bestätigt: der technische Fortschritt gilt wohl der staatlichen Macht, nicht aber dem Wohlergehen der Arbeiter.

Die Arbeitszeitverlängerung in Rüstungs- und Schwerindustrie, die «freiwillige Aufbauarbeit» in Stadt und Land hatten übrigens schon lange zuvor gezeigt, dass die grossen Planziele vom Einzelnen nicht etwa weniger, sondern viel mehr verstärkte Anstrengung erfordern.



Selig im Glauben des zukunftsverheissenden KP-Programmes,

Träumend vom technischen Sieg, sieht er den Löffel zuerst.

Der Schnappschuss

Der Chefkommentator des «Deutschland-sender» der SED, Karl-Eduard von Schnitzler, macht jede Woche in einem unkontrollierten sowjetischen Diplomatenauto eine Einkaufsfahrt von Ostberlin nach Berlin-West. Der Kommentar zu seinen Kommentaren.

Zwei Hauptkrankheiten im kommunistischen China unterschied ein Arzt, der aus Kwangtung nach Hongkong geflüchtet ist. Die Parteimitglieder unter seinen Patienten hätten in ihrer Mehrzahl an nervösen Depressionen gelitten, wogegen beim gewöhnlichen Volk die Diagnose meistens auf Unterernährung laute.

Zu unerwarteten Reaktionen der Zuhörer ist es am 27. Oktober bei einer als Schauprozess vor den Arbeitern und Angestellten der Keramischen Werke Hermsdorf (SBZ) im Speisesaal des Betriebes nach Arbeitsschluss durchgeführten Verhandlung des Kreisgerichts Stadtroda gegen zwei sogenannte «Hamsterer» gekommen. Bei der Aufzählung der von einer Angehörigen des Betriebes eingekauften «Hamsterwaren» wurden aus den Reihen der

Zuhörer Rufe laut: «Aber das ist doch gar nicht viel». Der zweite Angeklagte gab dem Richter auf die Frage, warum er angenommen habe, dass die Seife knapp werde, eine unerwartete Antwort. «Ich bin doch bei der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft, und da sehe ich, dass die Kartoffelernte nicht überall die beste ist. Also gibt es weniger Schweine und weniger Knochen und damit auch keine Seife.» Das gegen 1 Uhr nachts verkündete Urteil lautet auf acht Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe bzw. ein Jahr Gefängnis und 4000 Mark Geldstrafe.

So sprach Woog vor dem XXII. Kongress der KPdSU:

Genossen! Die Tätigkeit unserer Partei ist direkt zum Schutz der materiellen, politischen und sozialen Interessen der Werktätigen, zur Erhaltung des Friedens, gegen den Rüstungswettlauf und gegen die sowjetfeindlichen Ausfälle der Kriegshetzer gerichtet. Unser kleines Land, welches von niemand bedroht wird, gibt gegenwärtig zu Kriegszwecken mehr als 40 Prozent des Staatsbudgets, d. h. an die 2 Milliarden Schweizer Franken aus. Es ist ganz klar, dass deshalb für die Sozialfürsorge, für die Hebung des allgemeinen Lebensstandards, für die Kommunalbauten, für die Kranken, Alternden und Invaliden nur wenig übrig bleibt. Was unsere Partei anbetrifft, so ist sie in vielen Kantonen der Schweiz, der Schweiz mit ihrer vorgeführten Demokratie, in einer halblegalen Situation (wogegen sich die Freisinnigen, Sozialdemokraten und Konservativen in der Sowjetunion in gar keiner Situation befinden). Deshalb besteht unsere Aufgabe nicht nur im Kampf für die materiellen Interessen der Werktätigen und für den Frieden, sondern auch für eine vollkommene Wiederherstellung der demokratischen Rechte des Volkes, für die Redefreiheit, die Versammlungsfreiheit und der politischen Organisationen.

Genossen! Wir haben alles was in unseren Kräften lag gemacht, um die Absichten der Kriegshetzer herunterzureissen und damit unseren Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten (durch Unterstützung der Megatonnen-Bombe). Die Imperialisten versuchen mit allen Mitteln die Schweiz in das Lager der Kriegshetzer in die Nato und in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu ziehen. Und in diesen Verhältnissen kämpft unsere Partei für die wirkliche staatliche Neutralität des Landes, für die Unabhängigkeit und die Souveränität, für die Verbesserung der freundschaftlich-wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit allen Ländern in der Welt.

Die Wahrheit wird sich den Weg schon durchschlagen und die Tatsachen werden den Menschen die Augen öffnen. Die Welt strebt nach vorn und den schweizerischen Kapitalisten wird es ebenfalls nicht gelingen diese Bewegung aufzuhalten. Die Feinde sollen heute nur lachen, morgen wird es ihnen nicht ums Lachen sein. (Genau die gleichen Worte hatte Hitler für die Juden übrig, ehe er sie vergaste.) Die sollen nur toben, uns mit Lügen und Flüchen überschütten — das sind die Lügen und Flüche jener Menschen, welche am Aussterben sind und deren Welt am Zusammenbrechen ist.